

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Agnes Malczak, Monika Lazar,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7351 –**

### **10 Jahre Frauen in der Bundeswehr**

#### **A. Problem**

In ihrem Antrag verweist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf, dass der Frauenanteil in den Streitkräften und in der zivilen Wehrverwaltung deutlich unter dem im Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz bzw. im Bundesgleichstellungsgesetz angestrebten Anteil liegt. In Führungspositionen sei der Frauenanteil insgesamt besorgniserregend gering.

#### **B. Lösung**

Die Bundeswehrreform soll als Chance genutzt werden, um die Gleichstellung in der Bundeswehr mit den im Antrag geforderten Maßnahmen weiter voranzubringen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/7351 abzulehnen.

Berlin, den 25. Januar 2012

### **Der Verteidigungsausschuss**

**Dr. h. c. Susanne Kastner**  
Vorsitzende

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatterin

**Karin Evers-Meyer**  
Berichterstatterin

**Burkhardt Müller-Sönksen**  
Berichterstatter

**Inge Höger**  
Berichterstatterin

**Katja Keul**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Karin Evers-Meyer, Burkhardt Müller-Sönksen, Inge Höger und Katja Keul

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7351** in seiner 133. Sitzung am 20. Oktober 2011 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zur Förderung von Frauen und der Gleichstellung in der Bundeswehr fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN u. a. die verstärkte Besetzung von Führungspositionen mit Frauen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Dienst, die Überprüfung der Zahl und Ausstattung der Gleichstellungsbeauftragten sowie die Verankerung weiterer Ausbildungsinhalte zu Gender und Gleichstellung.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 56. Sitzung am 25. Januar 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat seine Beratungen in seiner 109. Sitzung am 25. Januar 2012 aufgenommen und abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Im Verlauf der Ausschussberatung gab die **Fraktion der CDU/CSU** zu bedenken, die angestrebte Frauenquote sei zwar noch nicht erfüllt, allerdings seien in den erst 2001 für Frauen geöffneten Bereichen der Streitkräfte schlicht die zeitlichen Voraussetzungen oft noch nicht erfüllt. Insofern sei der erreichte Anteil von 9 Prozent Frauen bereits ein Erfolg. Die allermeisten Soldatinnen wollten auch keine Quotenfrauen sein, sondern durch Leistung überzeugen. Im Rahmen der Bundeswehrreform sei inzwischen ein umfassender Katalog mit Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung vorgelegt worden, deren Umsetzung die Union weiter konstruktiv begleiten werde.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte die Initiative. Mit den Frauen habe die Bundeswehr ein neues, positives Gesicht bekommen, und ihre Integration in die Streitkräfte habe der Bundeswehr gut getan. Das Ziel sei jedoch noch längst nicht erreicht. Deshalb müsse man sich z. B. bei der Vereinbarkeit von Familie und Dienst noch mehr einfallen lassen und dabei auch im Blick behalten, dass Frauen dazu neigten, sich selbst zu überfordern, um Karriere und Privatleben in Einklang zu bringen. Die klare gleichstellungspolitische Ausrichtung müsse jedenfalls beibehalten werden, ohne dass die Bundeswehr das Rad überall neu erfinden müsse. Vieles finde sich schließlich schon im Bundesgleichstellungsgesetz.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, nicht das Ministerium oder die Bundeswehr seien dafür verantwortlich, dass sich vielen Frauen gegen den Dienst in den Streitkräften entschieden. Der Grund seien vielmehr oft Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Entsprechende Verbesserungen gehörten deshalb zu den Schwerpunkten der Attraktivitätsmaßnahmen im Rahmen der Bundeswehrreform. Im Haushalt für das Jahr 2012 seien die Mittel dafür aufgestockt worden, und es werde u. a. das Pilotprojekt „Zu Hause in der Bundeswehr“ für die ganz Familie geben. Der jüngste Jahresbericht des Wehrbeauftragten zeige, dass man hier auf dem richtigen Weg sei, auch wenn es noch Potenzial gebe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, die Bundeswehr sei kein Arbeitgeber wie jeder andere und zunehmend eine Einsatzarmee geworden. Es sei aber weder für Frauen noch für Männer erstrebenswert, das Töten zu lernen. Deshalb lehne man den Antrag trotz der Bedeutung der Gleichstellung von Frauen und Männern ab. Im Übrigen seien die traditionellen Rollenbilder in der Bundeswehr noch längst nicht überwunden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erinnerte an das Gerichtsurteil, seit dem Frauen in der Bundeswehr die gleichen Chancen haben müssten. Die gesetzliche Zielvorgabe sei aber weiter nicht erreicht. Die Reform der Bundeswehr müsse deshalb Anlass für Überlegungen sein, wie man den Vorgaben näher kommen könne, und der Antrag liste hierzu Maßnahmen auf. Frauenpolitik dürfe dabei nicht mit Familienpolitik gleichgesetzt werden, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffe auch Männer. Im Übrigen sei das Argument der körperlichen Kräfte nach den Plänen des Kommandos Spezialkräfte, Frauen auch dort zu integrieren, überholt.

Berlin, den 25. Januar 2012

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatlerin

**Karin Evers-Meyer**  
Berichterstatlerin

**Burkhardt Müller-Sönksen**  
Berichterstatler

**Inge Höger**  
Berichterstatlerin

**Katja Keul**  
Berichterstatlerin

